Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Geschäftsstelle: Tageblatt Riesa, Fernruf Nr. 322, Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1858. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 101. Montag, 2. Mai 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Neuorientierung der russischen Außenpolitik.

Verlegung des Schwergewichts nach Westeuropa.

au. Der Beschluß der Moskauer Regierung, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, kommt den politischen Kreisen durchaus überraschend. Die letzten diplomatischen Sondierungen in Moskau ließen nämlich den Schluß zu, daß die Sowjetregierung eine Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz ablehnen werde. Allem Anschein nach ist diese plötzliche Schwenkung nun auf das Ergebnis der Konferenz der in Moskau weilenden russischen Botschafter zurückzuführen. Die bolschewistische Politik in China hat in der letzten Zeit überraschende Rückschläge zu verzeichnen gehabt und die Sowjetregierung dürfte daraufhin zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß man in China wichtige Entscheidungen in bolschewistischem Sinne zur Zeit noch nicht wird erzielen können. Aus diesem Grunde hat die russische Außenpolitik eine Neuorientierung vorgenommen und will nun das Schwergewicht ihrer Propagandatätigkeit wieder nach Westeuropa verlegen.

Nach außen hin hatte namentlich die französische Presse eine Beteiligung Rußlands an der Weltwirtschaftskonferenz gewünscht, jedoch erwärtete man insgeheim eine Ablehnung der Moskauer Machthaber. Wie überraschend der Beschluß der Sowjetregierung kommt, ergibt sich aus den Kommentaren der französischen und der britischen Presse. Hier befürchtet man allgemein, daß die russische Delegation ihre Anwesenheit in Genf dazu benutzen wird, um eine rege politische Propagandatätigkeit vorzubereiten. Von dem Erscheinen der Russen in Genf wird auch eine Sabotierung der Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz erwartet, denn man macht sich auf umfangreiche Vorträge und Anträge der russischen Delegation gefaßt.

Mit der Teilnahme Rußlands an der Weltwirtschaftskonferenz wird gleichzeitig die Frage der künftigen Stellungnahme der Sowjetregierung zum Völkerbund akut. Man wird eine Aenderung in der Haltung der Moskauer Regierung zum Völkerbund erwarten können. Die Sowjets haben nach dem Fehlschlagen ihrer ostasiatischen Politik sicherlich das Bedürfnis, jetzt mit Westeuropa den zum Teil verlorengegangenen Kontakt wieder herzustellen. Auch wirtschaftspolitische Gründe mögen die Sowjetregierung für ihre Neuorientierung in der Außenpolitik bestimmt haben. Es sei nur auf die Unterbrechung der französisch-russischen Schuldenverhandlungen hingewiesen. In Moskau will man mit der Beteiligung an der Weltwirtschaftskonferenz sicherlich das Vertrauen der internationalen Finanz zu Rußland in die Wege leiten und damit Kredite größeren Ausmaßes erreichen.

In London benutzen gewisse Kreise die Teilnahme Rußlands an der Weltwirtschaftskonferenz wieder zu einer unfreundlichen Stellungnahme gegen Deutschland. Man ist dort nämlich der Auffassung, daß der plötzliche Entschluß der Sowjetregierung auf die Initiative der deutschen Außenpolitik zurückzuführen ist. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, soll nämlich in letzter Zeit wiederholt im Volkskommissariat für Auswärtiges vorgesprochen haben, um die Sowjetregierung zur Beteiligung an den Genfer Weltwirtschaftsverhandlungen zu bewegen. Diese Vermutungen treffen nach unseren Informationen durchaus zu. In Berlin ist man sich darüber klar, daß die Position Deutschlands auf der Weltwirtschaftskonferenz durch die Mitwirkung der Sowjetregierung nur gestärkt werden kann. Selbstverständlich wird die deutsche Delegation ein Zusammengehen mit den Russen auf extremer Basis entschieden ablehnen. Man muß nur darauf hinweisen, daß die Sowjetregierung vorläufig noch im vollen Umfange am absoluten Monopol des Außenhandels festhält. Hierin liegt ein krasser Widerspruch zu dem Entschluß der Sowjetregierung, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen und man wird jetzt gespannt sein müssen, wie die russische Delegation sich bei den kommenden Genfer Verhandlungen verhalten wird.

Beendigung der Internationalen Getreidekonferenz.

)(Rom, 1. Mai. Die Internationale Getreidekonferenz hat ihre Arbeiten beendet. In der Schlußsitzung verlas der Präsident des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts eine Botschaft Mussolinis, in der dieser betont, daß die Konferenz eine denkwürdige Etappe auf dem Wege zu praktischen Zielen darstelle, und den von der Konferenz gefaßten Beschluß, die zweite Internationale Getreidekonferenz für 1930 nach Rom zu berufen, begrüßt auf der Versicherung, daß die italienische Regierung für die Vorbereitung und Organisierung der Konferenz jede Unterstützung gewähren werde. Darauf verlas der Präsident ein vom König eingelaufenes Telegramm. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Hodson, dankte der italienischen Regierung und versprach die wirksamste Mitarbeit an der Verwirklichung der von der Konferenz vertretenen Ideen. Der deutsche Vertreter Baur und der Vertreter der Sowjetunion Nawkoff erklärten, daß der Kampf um das Getreide im wesentlichen einen Kampf um den Weltfrieden darstelle. Der Präsident sprach darauf dem amerikanischen Volk das Mitgefühl aller Konferenzteilnehmer angesichts der Ueberschwemmungskatastrophe am Mississippi aus; er schloß mit der Versicherung, daß das Internationale landwirtschaftliche Institut sich der Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse widmen werde.

Der Kampf um die deutsche Ostmark.

Die deutschnationale Ostmarkentagung. — Eine Rede Hergts.

)(Beuthen. Die diesjährige Oberschlesientagung des Ostmarkenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei nahm am Sonnabend hier unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung ihren Anfang.

* Beuthen, 1. Mai. Am Sonntagvormittag nahm die Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei in Anwesenheit des Reichsjustizministers Dr. Hergt ihren Fortgang. Als erster Redner sprach Staatsminister a. D. **Wallraf** über **Schicksalsgemeinschaft zwischen Ost und West.** Die Grenzwacht, so führte er u. a. aus, wird für die Zukunft nicht entscheidend sein. Entscheidend ist das Mittelstück, das Kernstück Preußen. Der Aufstieg Deutschlands muß im Zeichen des Kreuzes geschehen. Für unser Vaterland und im Leben der Konfessionen gibt es nur eine Lösung: Gleichberechtigung der evangelischen Mehrheit mit der katholischen Minderheit, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. **Die Abwehr des Atheismus ist ein gemeinsames Kampffeld.** Im Vordergrund dieses Kampfes steht heute das **Reichsschulgesetz.** Versagt der Reichstag hier, dann soll er nach Hause gehen und einem neuen Platz machen.

Archivdirektor **Kaufmann**, Danzig, behandelte die Korridorfrage vom nationalpolitischen Standpunkt aus. Er bezeichnet das Problem des polnischen Korridors **als einen Teil des deutschen Ostproblems.** Das Ostproblem umfaßt das Gebiet zwischen Netze und dem Meer. Es besteht, solange ein Polnisches Reich in der Geschichte nachweisbar ist. In einem historischen Ueberblick wies der Redner nach, daß weder ethnographisch noch geschichtlich die Ansprüche der Polen irgendwie berechtigt sind.

Oberleutnant a. D. **Moßberg**, Königsberg, Hauptgeschäftsführer des Heimatbundes Ostpreußen, sprach über die wirtschaftliche Notlage Ostpreußens, wie sie sich durch die wahnsinnige Schaffung des polnischen Korridors entwickelt hat. Die Parole: **Was deutsch war, soll wieder deutsch werden,** sei Gemeingut der vaterländisch denkenden Jugend.

Hierauf richtete, von lebhaftem Beifall begrüßt,

Reichsjustizminister Hergt

eine Ansprache an die Versammlung, in der er u. a. folgendes sagte:

Ich fühle mich als Minister berufen und gedrängt, besonders auch den Ostmarken für das zu danken, was sie in den letzten acht Jahren geleistet haben an Abwehr und kultureller Fürsorge. Ein besonderer Dank gilt auch noch den Oberschlesiern. Von hier aus ertönte der Schrei nach Deutschland hinein: Gebt uns unsere Bewegungsfreiheit! Gewiß ist es schon besser geworden mit dem Verständnis in Mittel- und Westdeutschland gegenüber dem Ostproblem, aber gut ist es noch nicht.

Das Gefühl, daß die Zukunft des deutschen Volkes letzten Endes im Osten liegt, muß Gemeingut des deutschen Volkes werden. Dafür mit zu sorgen, ist die deutsche Regierung berufen. Wir haben heute nicht nur ein Recht, sondern auch die Möglichkeit, vor aller Welt uns auch mit dem Symbol der Vergangenheit und mit ihren Persönlichkeiten zu beschäftigen. So war der Alte Fritz ein Beispiel für großzügige Ostmarkenpolitik auf allen Gebieten. Ich glaube, daß die Besorgnisse der Tagung auf außenpolitischem, als auch auf wirtschaftlichem Gebiete übertrieben sind, **daß niemals Deutschland einen Sicherheitspakt über seine Ostgrenzen abschließen wird.** Niemals wären die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten, wenn nicht das eine unabänderliche Grundlage unserer gesamten Außenpolitik gewesen wäre. Ebenso werden wir für die deutschen Minderheiten jenseits der Grenzen eintreten.

Die Regierung in Berlin müßte aber mehr als bisher Ostmarkenpolitik treiben.

Der Vorsitzende der Deutschen Nationalen Partei in der Tschechoslowakei, Senator Dr. Heinrich Brunar, sprach dann über

Die sudetendeutsche Frage.

Die sudetendeutsche Not sei die weniger bekannte Schwester der Ostnot. Als lebender Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde der Staat geschaffen, indem man den 6½ Millionen Tschechen die 3½ Millionen Deutsche, den zwei Millionen Slowaken eine Million Magyaren zur Versklavung und Entrechtung auslieferte. Frankreichs Schöpfung, die Kleine Entente, sei öffentlich gegen Ungarn und Deutschösterreich gerichtet, und die Stellungnahme gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland beweise, daß die Außenpolitik der Tschechen **immer noch von deutschfeindlichem, französischem, chauvinistischem Geiste erfüllt bleibe.** Aber nur wenn die Tschechen zu dem Entschluß sich durchringen könnten, auf die Beherrschung der 3½ Millionen Deutschen in ihrem Staate zu verzichten, und nur dann, wenn sie zwischen sich und den Sudetendeutschen eine solche Grenze ziehen, daß der Kampf um die Seele des Kindes, der Kampf um die Schule, um den Boden und den Staat zwischen den beiden Nationen auch innerhalb des Staates ausgeschaltet werde und wenn das tschechische Volk mit dem deutschen Volk einen Generalausgleich eingeht, der alle gegenwärtigen und zukünftigen Reibungsflächen ausschaltet, könne das tschechische 6½-Millionen-Volk seine Zukunft als Volk sichern. Der Redner legte dann im einzelnen die von den deutschen Parteien in der Tschechoslowakei geführte Politik dar. Die Tagung nahm darauf einstimmig folgende

Entschließung

an.

1. **Die zweite Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei spricht den Memelländern die engste Anteilnahme an ihrer schweren staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Not aus und bittet sie, in dem ihnen von fremder Seite aufgezwungenen Freiheitskampf nicht zu erlahmen. An die deutsche Reichsregierung richtet sie die Bitte, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß den Memelländern noch nachträglich das Selbstbestimmungsrecht verliehen wird.**

2. **Die zweite Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß keine deutsche Regierung jemals Bindungen eingehen wird, die als Anerkennung des dem deutschen Osten angetanen Unrechtes ausgelegt werden können. Ein Ost-Locarno gibt es nicht. An die deutsche Regierung richtet sie die Bitte, unberechtigten Forderungen Polens mit deutschem Stolz und deutscher Würde zu begegnen.**

*

Frauentagung für die Ostmark.

* Beuthen. (Telunion.) Als Abschluß der von der Deutschnationalen Volkspartei veranstalteten überparteilichen Ostmarkentagung fand am Sonntag nachmittag die **Frauentagung für die Ostmark** statt.

Die erste Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses Frau Abg. **Anna Grete Lehmann** sprach ihre Freude darüber aus, heute auch Angehörige anderer Parteien begrüßen zu dürfen als Beweis dafür, daß die zur Beratung stehenden ernsten Fragen über die Parteigrenzen hinausgreifen. Exzellenz Hergt richtete sodann eine kurze Ansprache an die Versammlung. Die mit dem Aufruf zur politischen Mitarbeit gemachten Erfahrungen seien außerordentlich erfreulich gewesen.

Hierauf richtete die erste Landesoberin des Landesfrauenausschusses Oberschlesiens, Frau **Marie Lowack-Gleiwitz** Begrüßungsworte an die Versammlung und rief den unerlösten Schwestern und Brüdern jenseits der polnischen Grenze treue Grüße zu. **Der Osten sei mit dem Westen auf Gedeih und Verderb verbunden.**

In ihrem Vortrag über **„Ostmarknot — Ostmarkglaube"** führte **Frau Abg. Dr. Spohr** u. a. aus: Ostmarknot gehe durch die ganze deutsche Geschichte. Ueber 1 Million Deutscher hätten in das übervölkerte unter Arbeitslosigkeit leidende Deutschland wandern müssen. An den Grenzen drängte sich das Ostmarktum als ein „Volk ohne Raum", wohnungsnot brotlos. Am schwersten aber kämpften die, die drüben geblieben seien als treue Pioniere des Deutschtums. Die dieser wertvollen ostmarkischen Volkskraft sei in der grenzenlosen Not der vergangenen Jahre zerrieben worden. Aber noch lebe genug von dieser Kraft, um in jedem einzelnen und in unserem Volke den Glauben an Ostmarkdeutschtum zu erhalten.

Mit dieser Frauentagung erreichte die Ostmarkentagung ihr Ende.

Die Lage in Mississippi.

)(New Orleans, 1. Mai. Obgleich das Wasser durch drei Lücken des Dammes von Bodpras abfließt, war der Spiegel des Mississippi hier gestern früh nur um ein Zehntel Fuß zurückgegangen. Die Ingenieure haben deshalb weitere Mengen Dynamit angefordert, und man hört in Abständen den Schall neuer Sprengungen. Da trotz der künstlich herbeigeführten Ueberschwemmungen bisher keine Erleichterung für die Bevölkerung von New Orleans erreicht wurde, wächst hier ständig die Angst. Das Wasser hat bis auf wenige Zoll den Rand des Deiches erreicht. Die Ingenieure erklären nachdrücklich, daß die Angst der Bevölkerung keineswegs gerechtfertigt sind, daß es nur eine Frage von Stunden sei, daß das Wasser um zwei oder drei Fuß fallen werde. Inzwischen ist **die Hauptflut in der Nähe von Vicksburg angelangt und überschwemmt weitere Teile von Arkansas, Mississippi und Nord-Louisiana. Durch das Ungestüm der Wassermengen ist ein weiterer Damm gefährdet,** dessen Bruch etwa dreißig Städte mehr oder minder überschwemmen und fünf weitere Dämme gefährden würde.

Schweres Bergwerksunglück in Virginia.

)(Fairmont (West-Virginia), 1. Mai. Infolge einer Explosion, die den Haupteingang zu einem Bergwerk in Everettsville zerstörte, sind **75 Bergleute verschüttet worden.** Zwei auf den Halden beschäftigte Arbeiter wurden durch den Luftdruck getötet, 15 weitere wurden verletzt.

Nach neueren Meldungen glaubt man, daß sogar 91 Bergleute verschüttet worden sind. Die Rettungsmannschaften erklären, die Verhältnisse im Innern des Bergwerkes lägen so, daß niemand, der während der Katastrophe in der Grube war, sich habe retten können.